

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Niedersachsen • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 7**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Eine bessere Zukunft für Niedersachsen

Die neoliberale Politik von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen hat Deutschland ungerechter gemacht. Auch in Niedersachsen zeigen sich die Folgen dramatisch: Armut hat hier einen neuen Höchststand erreicht. Für immer mehr Menschen reicht das Geld nicht mehr zur Bewältigung ihres Alltags. Viele Menschen sind trotz Arbeit arm. Überall sind Schulen, Straßen und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur marode. DIE LINKE

ist die einzige Partei, die sich nicht vor den Mächtigen und Reichen wegduckt und die für die sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung kämpft. Der Schlüssel zu einer sozialen Wende ist eine Steuerpolitik, die sich endlich traut, den geradezu obszönen Reichtum gerecht zum Wohle der Mehrheit zu besteuern. DIE LINKE will genau das machen. Ihr Steuerkonzept würde den öffentlichen

Kassen 180 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen.



Damit lassen sich in Niedersachsen dringend not-

wendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege und Erziehung, in Schwimmbäder und den sozialen Wohnungsbau finanzieren. Und: DIE LINKE ist die einzige Partei, die Fracking ohne Ausnahmen verbieten will. Mit der Bundestagswahl ist der Wahlkampf für Niedersachsen aber nicht vorbei, sondern er geht weiter bis zur Wahl des Niedersächsischen Landtags am 14. Januar 2018.

Mehr dazu im Niedersachsen-Teil ab Seite 5



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will

- 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
- Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
- Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiteres.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns.

Wagenknecht: CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiteres.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist. Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten:
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.

Atomklo Niedersachsen? Nein Danke!

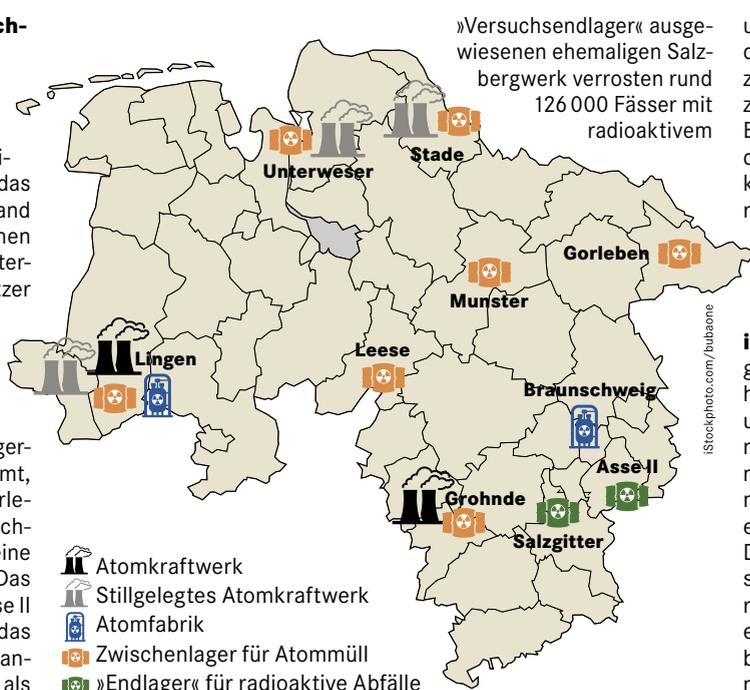
picture-alliance

Arbeiter im Schacht des maroden Atommüllendlagers Asse. Tief unten lagert die atomare Gefahr.

Für einen unumkehrbaren Atomausstieg und eine andere Energiepolitik

Kein anderer Ort in Deutschland ist mit dem Thema Atommüll so verbunden wie Gorleben im niedersächsischen Wendland.

Zugleich gibt es aber auch keine andere Region, die so wie das Wendland durch den Widerstand der dort lebenden Menschen und der vielen Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer aus ganz Europa zum Symbol des Kampfes gegen den atomaren Wahnsinn geworden ist. DIE LINKE hat als einzige Partei im Bundestag dem Bericht der Endlagerkommission nicht zugestimmt, weil darin der Standort Gorleben zur Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll als eine Option beibehalten wird. Das marode Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel gilt als das größte Umweltproblem des Landes. Im ursprünglich offiziell als



und chemotoxischem Müll und drohen das Trinkwasser bis hin zu Weser und Elbe auf Ewigkeit zu vergiften. Laut Beschluss der Bundesregierung sollen die beiden niedersächsischen Atomkraftwerke Grohnde und Lingen noch bis Ende 2021 und 2022 weiterbetrieben werden.

Die politisch Verantwortlichen für dieses Verbrechen an der Zukunft sitzen in Berlin. Auch die Landesregierungen der Vergangenheit haben dieses Desaster mitverschuldet. Der jetzigen SPD-Grünen-Landesregierung ist es nicht gelungen, Gorleben als mögliche Endlageralternative endgültig zu streichen. DIE LINKE kämpft in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinneninitiativen im Wendland energisch für einen unumkehrbaren Atomausstieg und für eine andere Energiepolitik.

DIE LINKE will

- den Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz festschreiben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke unverzüglich abschalten
- den Im- und Export von Uranbrennstoffen zum Betrieb von Atomkraftwerken und Atommüll verbieten
- die Fertigung von Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in Gronau und Lingen beenden
- keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter.
- Gorleben muss als ungeeigneter und politisch verbrannter Standort aufgegeben werden.
- Atommülllagerung darf nicht von oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung durchgesetzt werden.
- Dafür braucht es umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen des zu entwickelnden Suchverfahrens.

Kontakt

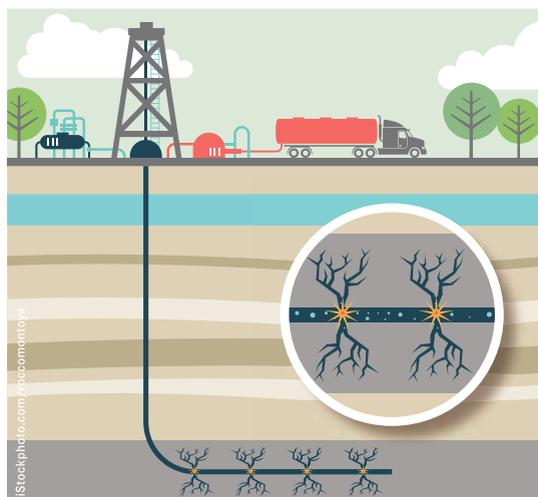
DIE LINKE Niedersachsen
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon: 05 11/9 24 59 10
www.dielinke-nds.de

Fracking-Boom bedroht Niedersachsen

DIE LINKE lehnt diese Gasfördertechnik ab, da sie Mensch und Umwelt gefährdet

Für die Gas- und Ölindustrie ist es ein gutes Geschäft, für die Menschen eine riesige Gefahr: Fracking – eine Fördertechnik, mit der sich im dichten Gestein eingeschlossenes Gas fördern lässt. Die Gefahren für Mensch und Umwelt sind vielfältig: Fracking verunreinigt das Grund- und Trinkwasser durch Chemikalien, aufsteigendes Methan und Lagerstättenwasser. **Durch Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können Erdbeben hervorgerufen werden.**

In den USA, wo Fracking bereits großflächig eingesetzt wurde, kam es zu zahlreichen Unfällen wie Trinkwasservergiftungen, Explosionen und Erdstößen. Auch häufen sich Berichte über Geburtsfehler und Totgeburten in Gasförderregionen. Auch aus Deutschland, genauer aus Niedersachsen, gibt es alarmierende Nachrichten. So erkrankten in der niedersächsischen Gemeinde Bothel überdurchschnittlich viele Bewohner an Krebs. An anderen Orten, in deren Umgebung Erdgas und Erdöl



Das ist Fracking

Fracking ist eine Technik, um Gasvorkommen zu erschließen, die in dichtem Gestein eingeschlossen sind. Dafür wird eine mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit mit hohem Druck in die Tiefe gepumpt, um das gastragende Gestein aufzubrechen und künstliche Risse zu schaffen. Die zugesetzten Chemikalien, von denen etliche giftig, hormonschädigend und wassergefährdend sind, sollen die entstandenen Risse offenhalten. Beim Fracking wird zusätzlich zu dem gewonnenen Erdgas sogenanntes Lagerstättenwasser aus mehreren 1000 Metern Tiefe gefördert, das giftige Schwermetalle wie Quecksilber sowie das krebserzeugende Benzol enthält und nicht selten auch radioaktiv ist. Dieses giftige Abwasser wird in der Regel zurück in alte Bohrstellen geleitet – eine riesige Gefährdung für das Grundwasser.

gefördert werden, ist ebenfalls eine höhere Krebsrate festzustellen.

Angesichts dieser Risiken ist es unverantwortlich, Fracking in Deutschland weiterhin zuzulassen. Doch genau das machen Bundesregierung und Niedersachsens Landesregierung. Auf Bundesebene haben CDU/CSU und SPD im Juni 2016 für die Industrie ein Fra-

cking-Erlaubnisgesetz verabschiedet, und auf Landesebene haben SPD und Grüne das Fracking wieder erlaubt. Damit droht Niedersachsen, das die größten Gasvorkommen Deutschlands besitzt, nun ein wahrer Frackingboom. Geht es nach dem Willen der Industrie, wird im nordöstlichen Niedersachsen sowie im Emsland künftig in ganz großem Stil gefracked.

Für Kathrin Otte aus Amelinghausen bei Lüneburg ist das ein Skandal mit Methode. Otte gehört dem Gemeinnützigen Netzwerk für Umweltkranke (GENUK) an, das die Auswirkungen von Fracking und Gasförderung auf Mensch und Umwelt untersucht. »Anstatt Fracking großflächig zuzulassen, sollte die Landesregierung umfassende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur

zügigen Aufklärung der Krebsfälle ergreifen. Solange die Ursachen auch nur potenziell im Zusammenhang mit der Öl-/Gasförderung zu vermuten sind, gilt das Vorsorgeprinzip, das ein Stilllegen der Gefahrenquelle vorsieht«, sagt Kathrin Otte, die eine bundesweit anerkannte Expertin für die Risiken von Erdgasförderung, Pestiziden und Glyphosat ist und die für DIE LINKE in Niedersachsen bei den Landtagswahlen im Januar 2018 antritt. Für DIE LINKE ist im Gegensatz zu Union, SPD und Grünen klar: **Fracking ist eine gefährliche Risikotechnik und muss ohne Ausnahme verboten werden, um Mensch und Umwelt zu schützen.**



Diagnose Personalmangel

Klinikalltag auch in Niedersachsen: Nachtschicht auf einer Station, 49 Patientinnen und Patienten, davon 22 mit Pflegebedarf, zwei verwirrt und drei Notaufnahmen. Verantwortlich für all diese Menschen ist eine einzige Krankenschwester plus eine Pflegekraft als Springer, die auf mehreren Stationen gleichzeitig eingesetzt wird. In einer Gefährdungsanzeige notiert die Schwester am Schichtende: »Die Patientensicherheit war nicht gegeben. Diese Zustände wünsche ich keinem Patienten, der zu uns kommt.«

Die Lage in den Kliniken ist katastrophal, in der Altenpflege sieht es nicht besser aus. **Aktuell fehlen bundesweit mindestens 100 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern und 20 000 in der Altenpflege.** Zahlreiche Studien belegen, dass zu wenig Pflegepersonal zu mehr Komplikationen führt, von Stürzen über Infektionen bis zu Todesfällen. Pflegeexperten sprechen von »gefährlicher Pflege«.

Doch nicht nur für Patientinnen und Patienten sind die Zustände gefährlich. Der Krankenstand bei Pflegekräften ist extrem hoch. Viele Beschäftigte erkranken dauerhaft oder geben ihren Job auf. Zudem verdienen sie oft schlecht. In Niedersachsen liegt der Durchschnittsverdienst bei 2.200 Euro brutto für Altenpflegefachkräfte und bei 1.600 Euro für angelernte Helferinnen. Zudem hat das Land den höchsten Anteil privater Pflegeanbieter, die meist nicht tariflich bezahlen. Zugleich leben in Niedersachsen überproportional viele Menschen mit Pflegebedarf.

Seit mehr als 20 Jahren tobt zwischen Krankenhäusern und zwischen Pflegeeinrichtungen – egal ob privat oder in öffentlicher Hand – ein gnadenloser Wettbewerb. Seine Wurzeln hat er im Vergütungssystem: Nicht die tatsächlichen

Behandlungskosten werden in den Kliniken bezahlt, sondern nur Fallpauschalen, die sich nach Diagnosen richten. Das hat die Gesundheitsversorgung enorm verändert. Zahlreiche Stationen oder ganze Krankenhäuser wurden geschlossen, und überall wird der Kostendruck auf das Personal abgewälzt. Zudem sind immer mehr Einrichtungen privatisiert worden. Dort arbeiten die Beschäftigten meist unter noch schlechteren Bedingungen. Auch in der Altenpflege ist die Finanzierung ungenügend, denn nur Teilkosten werden von der Pflegeversicherung finanziert. Das führt einerseits zu einem hohen Eigenanteil für die Menschen mit Pflegebedarf. Andererseits kämpfen die Pflegeeinrichtungen mit möglichst niedrigen Preisen um »Kunden«. All das verschlechtert Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und damit die Versorgungsqualität.

Jutta Ebrecht, ausgebildete Altenpflegerin und derzeit Betreuungskraft in einer Altenpflegeeinrichtung in Hildesheim sagt: »Es ist traurig zu sehen, wie unser Gesundheitssystem infolge politischer Fehlentscheidungen und Privatisierungen der Ge-



Jutta Ebrecht, ausgebildete Altenpflegerin, sagt: »Gute Pflege ist nur mit mehr Pflegepersonal zu machen.«

winnmaximierung zum Opfer fällt. Dabei bleibt oft die Menschenwürde auf der Strecke.« Für Pia Zimmermann, die pflegepolitische Sprecherin der Linksfraktion ist und erneut für den Bundestag kandidiert, ist klar: **»Es ist dringend an der Zeit, dass sich die Gesundheits- und Pflegepolitik am Gemeinwohl und am Versorgungsbedarf orientiert und nicht an den Renditeerwartungen von privaten Konzernen.«**

Da ein solches Konzept eine solide finanzielle Basis braucht, hat DIE LINKE das Konzept einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung entwickelt (siehe Artikel rechts). Diese würde nicht nur für eine Finanzierung des Gesundheitswesens sorgen, sondern auch für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen.



Michael Breyer

DIE LINKE fordert

- sofort eine bundesweite gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, um die Arbeitsbedingungen und die Versorgungsqualität wirksam und schnell zu erhöhen
- die Fallpauschalen abzuschaffen
- tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte für allgemeinverbindlich zu erklären. Keine Pflegefachkraft soll weniger als 3.000 Euro brutto in Vollzeit verdienen.
- sofort einen höheren Pflegemindestlohn von 14,50 Euro
- Patientinnen- und Patientenvertretungen aktiv in die Versorgungsplanung einzubeziehen
- Pflegesatzverhandlungen transparent zu gestalten
- weitere Privatisierungen von Krankenhäusern zu verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nichtprofitorientierte Trägerschaft zu überführen.



Ein deutscher Exportschlager: der Leopard-2-Panzer, der auch an den Golfstaat Katar ging, der den IS-Terror mitfinanziert hat.

Waffenhandel verbieten

Rüstungsarbeitsplätze in zivile Arbeitsplätze umwandeln

In Niedersachsen gibt es zahlreiche Rüstungsfabriken; zudem führen unzählige Truppen- und Waffentransporte durchs Land. Aber jede Waffe, die Deutschland exportiert, dient der Aufrüstung eines anderen Landes. **Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden.** Deswegen setzt sich DIE LINKE

konsequent für Abrüstung und die politische Lösung von Konflikten ein. Zudem lehnt sie Waffenhandel und -exporte konsequent ab. Eine solche Friedenspolitik darf aber nicht auf Kosten der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten gehen. Deswegen setzt sich DIE LINKE für arbeitsmarktpolitische Programme ein, um für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie neue Arbeitsplätze im zivilen Bereich zu schaffen.



Weniger Beitrag, mehr Leistung

Fast alle profitieren von der Solidarischen Gesundheitsversicherung



Krankenkassen basieren auf dem Prinzip der Solidarität: Persönliche Risiken werden gemeinschaftlich getragen, damit jede und jeder unabhängig vom Einkommen oder der Lebenssituation den gleichen Anspruch auf eine gute Behandlung im Krankheitsfall hat. Doch zahlreiche Gesetzesänderungen haben das Prinzip der Solidarität untergraben – mit fatalen Folgen für die Versicherten. Seit Jahren steigen die Beiträge zur Krankenversicherung, und für Zahnersatz, Medikamente, Physiotherapien, Fahrten und Krankenhausaufenthalte fallen

Zuzahlungen an. Steigende Kosten müssen allein die Versicherten tragen. Der Arbeitgeberanteil hingegen ist eingefroren. **Die Finanzierung ist ungerecht: Wer sehr gut verdient, zahlt einen kleineren Anteil von seinem Einkommen für die Krankenkasse als Menschen mit einem geringen Einkommen.** Menschen mit hohem Einkommen, Selbstständige und Beamte können sich der Solidarität entziehen und sich privat versichern. Deshalb gibt es die Zweiklassenmedizin: Privatpatienten bekommen Einzelzimmer, Chef-

arztbehandlung und schneller einen Arzttermin. Diese Ungerechtigkeit will DIE LINKE beenden. Sie hat ein alternatives Modell entwickelt: die Solidarische Gesundheitsversicherung. Die Höhe des Krankenkassenbeitrags richtet sich nach dem jeweiligen Einkommen. Wer viel Einkommen hat, zahlt viel. Wer wenig hat, zahlt wenig. Und wer keins hat, zahlt nichts. Arbeitgeber sollen zudem wieder die Hälfte der Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten zahlen. Das Prinzip der LINKEN-Gesundheitsversicherung: Alle zahlen ein, damit

es für alle besser und bezahlbar wird. Deswegen sollen alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied dieser Versicherung werden, auch Selbstständige, Abgeordnete sowie Beamtinnen und Beamte. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: **Bei der von den LINKEN vorgeschlagenen Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen Menschen mit einem Einkommen von bis zu 6.250 Euro brutto im Monat weniger Beiträge als bisher, bekommen aber mehr Leistung im Krankheitsfall.** Zusatzbeiträge und Zuzah-

lungen entfallen. Damit lässt sich eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen finanzieren und die Zweiklassenmedizin abschaffen.



Beitragsrechner
Finden Sie heraus, welchen Beitrag Sie bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen müssen: beitragsrechner.linksfraktion.de

Das bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung

So würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung verändern

	 Frisör	 Bauarbeiter	 Verkäuferin	 Krankenpfleger	 Netzwerk-administratorin	 Fachärztin	 Bundestags-abgeordnete
Einkommen pro Monat (brutto)	1.400 Euro	1.800 Euro	2.200 Euro	2.600 Euro	3.200 Euro	5.800 Euro	9.327 Euro
Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	117,60 Euro	151,20 Euro	184,80 Euro	218,40 Euro	268,80 Euro	365,40 Euro	365,40 Euro
Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung	81,90 Euro	105,30 Euro	128,70 Euro	152,10 Euro	187,20 Euro	339,30 Euro	545,63 Euro

istockphoto.com/seewhatmitchsee, juniorbeep, CTRPhotos



Alle Kinder haben eine gute Bildung verdient.

Niels Holger Schmidt

Gute Bildung für alle schaffen

DIE LINKE will mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen ausgeben

In keiner Sonntagsrede fehlt sie: die Mahnung von Politikern und Politikerinnen, dass Erfolg in der Schule nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Doch genau das ist oft der Fall. **Kinder wohlhabender Eltern haben deutlich bessere Chancen auf ein Abitur und ein Studium.** Obwohl das seit vielen Jahren von allen Seiten beklagt wird, passiert – nichts. Das will DIE LINKE ändern. »Es wird höchste Zeit, dass alle Kinder den gleichen Zugang zu Bildung bekommen«, sagt Victor Perli, der für DIE LINKE für den Bundestag kandidiert. Der Staat investiert viel zu wenig Geld in Bildung. Das fängt bei

der Kita an. Trotz des Rechtsanspruchs auf einen Platz fehlen bundesweit 300 000 Plätze. In Großstädten müssen Eltern teilweise Jahre auf einen Platz warten. Die Schulen sind marode, die nötige Sanierung würde bundesweit schätzungsweise 34 Milliarden Euro kosten. Viele Schulen werden geschlossen. Die Wege zur Schule sind für etliche sehr weit, die Klassen zu groß. Individuelle Förderung ist kaum möglich. Oft fällt der Unterricht aus. »Wer reich ist, kann schlechte Lernbedingungen ausgleichen«, sagt Perli. »Wer sich keine Nachhilfestunden leisten kann, muss sich mit den schlechten Noten

der Kinder abfinden.« DIE LINKE fordert, dass Schulen Nachteile von Kindern und Jugendlichen ausgleichen – egal ob es finanzielle Nöte oder individuelle Lernprobleme sind. Dazu gehören kostenlose Schulbücher, ein warmes Essen in Kita und Schule und genügend Lehrer und Lehrerinnen. »Wir stellen Leistungsdruck, Unterfinanzierung und sozialer Spaltung in der Bildung eine andere Idee entgegen«, sagt Perli. Ein Weiterso kann es aus Sicht der LINKEN nicht geben. Ihr Grundsatz lautet: Gute Bildung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom Staat

finanziert werden. Deswegen setzt sich DIE LINKE für eine erheblich bessere Finanzierung der Bildungseinrichtungen ein, bei der Bund und Länder zusammenarbeiten sollen und die Personalausstattung den Bedürfnissen für gutes Lernen angepasst wird. **Das Ziel der LINKEN ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni.** Im Vordergrund soll dabei die individuelle Förderung für alle stehen, statt Selektion und Benachteiligung; zudem gilt es, die maroden Gebäude zu sanieren und durch Neubauten zu erweitern und flächendeckend im Land für gute Ganztageeinrichtungen zu sorgen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für Niedersachsen

Pia Zimmermann

MdB aus Wolfsburg ■ **Mediengestalterin und Diplomsozialpädagogin** ■ Platz 1 Landesliste Niedersachsen ■ **Landesvorsitzende der LINKEN Niedersachsen, Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**



»Ich kandidiere für DIE LINKE, weil ich zusammen mit vielen aktiven Menschen etwas verändern will. Ich finde, unsere Gesellschaft rennt zu sehr dem Profit hinterher und verliert dabei die Solidarität und das Miteinander aus den Augen. Ich setze mich ein für eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Im Bereich der Gesundheit und Pflege heißt das, dass eine gute Versorgung und eine würdevolle Pflege für jeden Menschen eine Selbstverständlichkeit ist – unabhängig vom Geldbeutel. Das muss drin sein!«

Jutta Krellmann

MdB aus Hameln-Pyrmont ■ **Gewerkschaftssekretärin** ■ Platz 3 Landesliste Niedersachsen ■ **Kreissprecherin der Partei DIE LINKE, Hameln-Pyrmont, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**



»Ich kandidiere für DIE LINKE, weil wir eine klassenkämpferische Gewerkschafts- und Sozialpolitik brauchen und wir diese Gesellschaft nur zusammen mit den Gewerkschaften verändern können. Dazu ist eine starke Verankerung bei den organisierten Beschäftigten nötig und auch ein aktiver Kampf vor Ort für die Interessen der Menschen. DIE LINKE muss dabei wichtiger und verlässlicher Partner sein.«

Diether Dehm

MdB aus Sehnde ■ **Diplomheilpädagogin, Künstler, Unternehmer** ■ Platz 2 Landesliste Niedersachsen ■ **Sprecher für Mittelstandspolitik und auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**



»Ich kandidiere für DIE LINKE, weil der spätere ein gleichwertig glücklicher Lebensabschnitt werden muss – ohne Armut und Angst vorm Abgeschriebensein! Dafür schicken wir mit Saha und Dietmar die NATO(-Gelder) in die Rente! Ich streite für ein starkes Handwerk und gegen die Privatisierung unserer Autobahnen. Gegen Zensur bin ich allergisch: ob bei Erdoğan, Trump oder bei uns. Das Grundgesetz ist meine »Leitkultur«. Darum: Freiheit für Kunst und gewerkschaftliche Betätigung! Weg mit Leiharbeit, Billiglöhnen und Hartz IV! DIE LINKE muss ran!«

Victor Perli

aus Wolfenbüttel ■ **Geschäftsführer in einem Familienbetrieb, Politikwissenschaftler** ■ Platz 4 Landesliste Niedersachsen ■ **Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, im Mieterbund und der AG Schacht Konrad**



»Ich kandidiere für DIE LINKE, weil sie als einzige Partei den Konflikt mit den Mächtigen sucht, um Wohlstand und soziale Sicherheit für alle zu verwirklichen. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Gesellschaft Demokratie und Mitbestimmung stärkt, einem rechten Zeitgeist widersteht, Aufrüstung und Kriegen widerspricht, das Klima schützt und kein Dorf und keine Region mehr vernachlässigt.«

»Die Miete frisst 60 Prozent unseres Einkommens«



Evgeniia und Hans-Herbert Ullrich vor ihrer Wohnung im Hannoveraner Stadtteil Misburg

In Großstädten explodieren die Mieten.

Mietanstieg in Prozent in den Jahren 2007 bis 2015 in ausgewählten deutschen Städten:

Berlin ↗ **47,4%**
München ↗ **35,7%**
Hamburg ↗ **30,1%**
Hannover ↗ **30%**
Düsseldorf ↗ **25,3%**

Quelle: Immoscout24 IMX-Index

Weil die herrschende Politik versagt hat, steigen seit Jahren die Mieten rasant

Hans-Herbert Ullrich ist wütend. Wieder hat ihm sein Vermieter, eine Luxemburger Investmentfirma, eine Mieterhöhung geschickt. Mittlerweile zahlt Ullrich fast 10 Euro pro Quadratmeter kalt für seine Wohnung im Hannoveraner Stadtteil Misburg. Und nicht nur das: Die Nebenkosten steigen seit Jahren jährlich um 5 bis 10 Prozent. Ullrichs Wohnung befindet sich nicht in einem feudalen Altbau oder Luxusneubau, sondern in einem alten Wohnblock aus den 70er Jahren. Der Sozialpädagoge lebt dort seit einigen Jahren zusammen mit seiner Ehefrau Evgeniia. »Wir beide gehen arbeiten, und die Gesamtmiete frisst fast 60 Prozent unseres Einkommens«, sagt Ullrich. Misburg liegt zwar am Stadtrand von Hannover. Aber auch dort explodieren die Mieten. Private Investoren haben etliche vielgeschossige Mietanlagen hochgezogen. Die Kaltmiete liegt bei einigen mittlerweile bei fast 20 Euro pro Quadratmeter. **Dass seit Jahren bundesweit die Mieten vor allem in Großstädten und Vororten rasant steigen, ist das Ergebnis falscher Politik.** Der Spekulation mit Wohnraum wurden keine Grenzen gesetzt. »Es wird zwar viel gebaut, aber es entstehen vor allem teure Wohnungen«, sagt Hans-Herbert Ullrich. Die Folgen spüren viele Menschen: Sie müssen immer mehr Geld fürs Wohnen aufbringen, sind

gezwungen umzuziehen oder können die Miete nicht stemmen. Bundesweit fünf Millionen Haushalte können ihre Miete nicht mehr zahlen. Bund oder Land müssen dafür aufkommen oder zahlen Zuschüsse. In großen Städten hat zwar jede und jeder Zweite Anspruch auf einen Wohnberechtigungschein – also auf eine Sozialwohnung. Aber das nützt nichts, weil es zu wenige Sozialwohnungen gibt. **Systematisch hat die herrschende Politik den sozialen Wohnungsbau ausgetrocknet.** Von 3 Millionen Sozialwohnungen im Jahr 1990 sind nur noch 1,25 Millionen geblieben, und jedes Jahr fallen mindestens 45 000 weitere weg. Die Wohnungsmisere wird dadurch verschärft, dass die von der Bundesregierung vor zwei Jahren verabschiedete Mietpreisbremse gescheitert ist. Jüngste Studien belegen: Fast die Hälfte aller neuen Mietverträge sieht eine höhere Miete vor als erlaubt. Schuld daran sind Konstruktionsfehler. Die Mietpreisbremse hat zahlreiche Ausnahmen, sie gilt nicht flächendeckend. Vor allem: Sie sieht keine Sanktionen für Vermieter vor, die gegen sie verstoßen. Für Hans-Herbert Ullrich, der im Wahlkreis Hannover Stadt 1 für DIE LINKE für den Bundestag kandidiert, ist klar: »Wir brauchen dringend einen radikalen Wechsel in der Wohnungspolitik.«

DIE LINKE will

- einen Neustart für den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, jährlich mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen. Die Zweckbindung soll künftig unbefristet gelten: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung.
- Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen stoppen
- Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen, dafür soll ein Rekommunalisierungsfonds aufgelegt werden
- eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit, unbefristet und ohne Ausnahme gilt
- den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter dadurch verbessern, dass Kündigungen wegen Eigenbedarfs der Wohnungseigentümer strenger geregelt werden, Mietminderungen kein Kündigungsgrund mehr sind und nicht mehr gekündigt werden darf, wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind
- Zwangsräumungen verhindern
- Das Recht auf Wohnen gehört ins Grundgesetz.

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

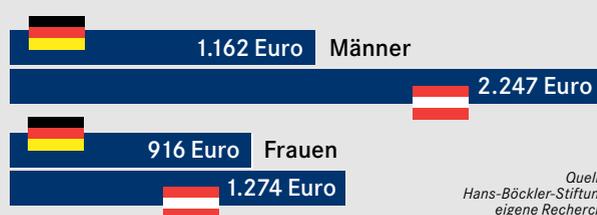
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Quelle:
Hans-Böckler-Stiftung,
eigene Recherche

Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

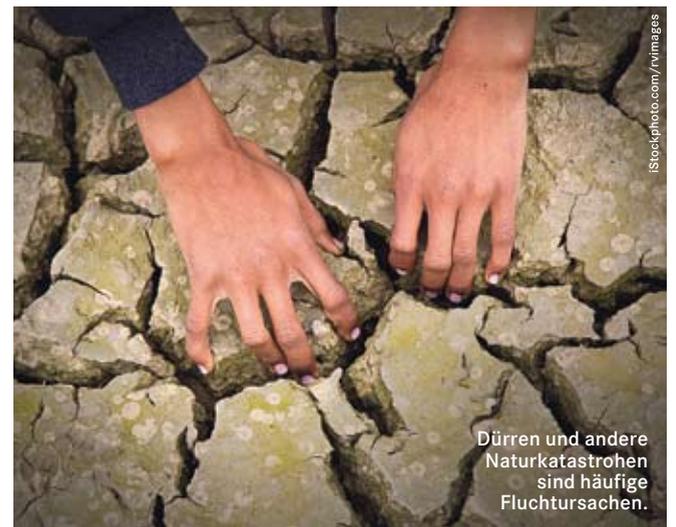
Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

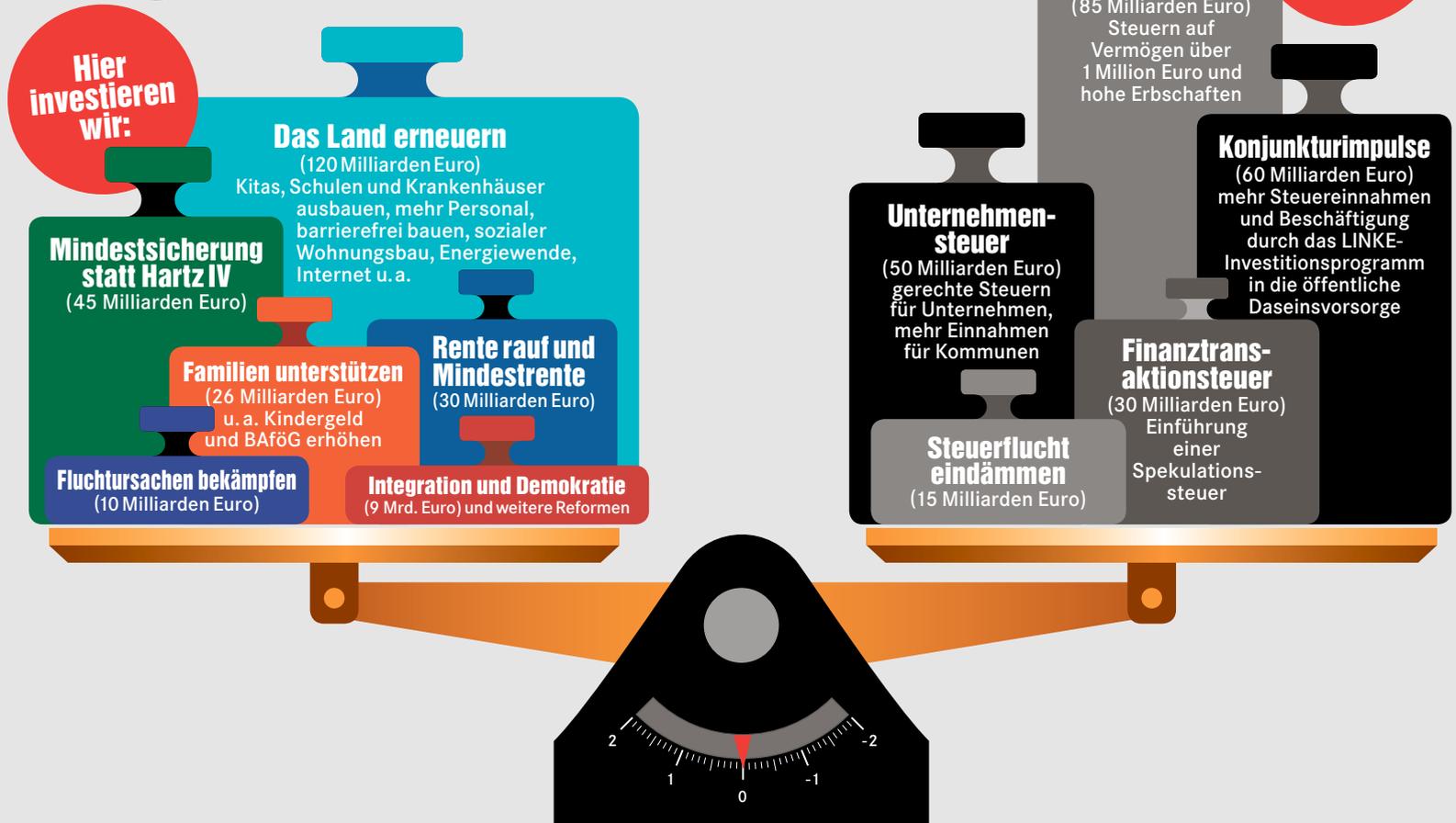
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Ergreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030 / 24009-111
www.linksaktiv.de